

Der Rat der europäischen Verkehrsminister hat sich auf seiner Sitzung im März darauf verständigt, dass es künftig keine Direktvergabe mehr im Nahverkehr bei Bus, U-Bahn oder Straßenbahn geben soll. Die Kommunen sollen nicht mehr eigenständig entscheiden können, an wen sie Nahverkehrsleistungen vergeben. Zugleich wird darauf verzichtet, soziale Standards zu definieren.

Hände weg von unserem Nahverkehr



Wie werden künftig Nahverkehrsleistungen ausgeschrieben – darüber ist ein heftiger Streit entbrannt. Die europäischen Verkehrsminister wollen grundsätzlich ausschreiben lassen. Doch diese Form von Wettbewerb hat durchaus Nachteile.

Hinzu kommt, dass Deutschland die Mittel für den Nahverkehr kürzt. Aufgrund des Koch/Steinbrück-Papieres wurden bereits die Mittel für die Schüler- und Schwerbehindertenbeförderung um 210 Millionen Euro pro Jahr reduziert. Damit nicht genug: Die große Koalition will die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr um 2,3 Milliarden Euro kürzen. Die Folgen sind bereits sichtbar: beispielsweise durch Lohndumping mit Löhnen von 7,65 Euro/Stunde in Hessen oder 8,32 Euro/Stunde vor den Toren Hamburgs.

Auf ihrer nächsten Sitzung im Juni wollen die europäischen Verkehrsminister Fakten schaffen. Dies gilt es zu verhindern. Deshalb haben am Freitag, dem 5. Mai, die Gewerkschaften in

Deutschland Unterschriften gegen diese Politik gesammelt. Vorbild war eine Aktion der „Gewerkschaft der Eisenbahner Österreichs“, die im März in Bregenz stattfand (siehe Seite 6).

Deutliches Signal durch Unterschriftenaktion

Von der Unterschriftenaktion in Deutschland, an der sich auch die Verkehrsgewerkschaft GDBA maßgeblich beteiligt, soll ein deutliches Signal ausgehen. „Je mehr Unterschriften gesammelt werden, umso stärker wird das Gewicht sein, mit dem sich die Vertreter der Arbeitnehmer für soziale Standards und Qualität, für die Möglichkeit der Direktvergabe und einer gesicherten Finanzierung einsetzen“, so Peter Tröge, stellvertretender Bundesvorsitzender der Verkehrsgewerkschaft GDBA.

Schließlich gehe es allein in Deutschland um 160.000 Beschäftigte im Nahverkehr. Diese brauchen sichere Arbeitsplätze und entsprechende Arbeitsbedingungen für die gute Leistung, die sie erbringen. Das, so Tröge, sei das Mindeste.

Drei zentrale Fragen stehen zur Debatte, wenn die EU-Verkehrsminister am 8. Juni über jene europäische Verordnung entscheiden, die die künftigen Bedingungen für den öffentlichen Personenverkehr in Europa beschreibt:

1. Wie wird der öffentliche Personenverkehr zukünftig organisiert?
2. Gibt es Vorschriften zur Einhaltung von Qualitätsstandards und von Sozialstandards für den öffentlichen Personenverkehr?

3. Welchen Schutz gibt es für die Beschäftigten, wenn es aufgrund einer Ausschreibung zu einem Betreiberwechsel kommt?

Organisation des öffentlichen Personenverkehrs

Es geht um die Frage, ob Städte, Gemeinden und Regionen selbst bestimmen können, wie sie den öffentlichen Personenverkehr organisieren oder ob sie per EU-Verordnung gezwungen werden, den öffentlichen Verkehr in einem Wettbewerbsverfahren auszuschreiben. Die Erfahrungen zeigen zumeist, dass ein Wettbewerb zur Preisdrückerei bei den Löhnen führt. Die Qualität bleibt dabei auf der Strecke.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA fordert: Öffentlicher Personenverkehr ist eine Leis-

tung der Daseinsvorsorge. Er muss demokratisch entschieden und demokratisch kontrolliert werden. Die GDBA fordert, dass Städte, Gemeinden und Regionen die Freiheit haben selbst zu entscheiden, wie sie ihren öffentlichen Personenverkehr organisieren. Kein EU-Gesetz darf sie zur Ausschreibung verpflichten.

Qualitäts- und Sozialstandards

Wenn es zu wettbewerblichen Ausschreibungen im öffentlichen Personenverkehr kommt, dann muss die Qualität über Auflagen an die Bewerber gesichert werden. Qualitätskriterien sind: Regelmäßigkeit des Verkehrs, Zugang zum öffentlichen Personenverkehr für alle, Si-

cherheit des Angebots, sozialverträgliche Preise für bestimmte Gruppen, Qualität der Fahrzeuge, Sicherheit für Kunden und Beschäftigte, Umweltstandards. Zur Qualität trägt aber auch ein gut ausgebildetes Personal bei.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA fordert, dass die zukünftige Verordnung verpflichtend vorschreibt, dass die öffentlichen Behörden bei einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren den Bewerbern die genannten Qualitäts- und Sozialkriterien auferlegen. Die verpflichtende Einhaltung von Tarifverträgen am Ort der Leistungserbringung verhindert einen Lohndumping. Alle Bewerber beteiligen sich unter den gleichen Arbeitskostenbedin-

gungen und ermöglichen somit einen Qualitätswettbewerb.

Schutz der Arbeitnehmer bei Betreiberwechsel

Ein Betreiberwechsel aufgrund einer Ausschreibung wird gerne dazu genutzt, das vorhandene Personal durch billigere Arbeitskräfte auszutauschen oder ihnen Verträge zu schlechteren Bedingungen anzubieten. Immer wenn der Vertrag ausläuft, stehen die Beschäftigten vor der totalen Arbeitsplatzunsicherheit. Das darf nicht sein. Auch im Sinne der Qualität.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA fordert, dass die zukünftige Verordnung verpflichtend vorschreibt, dass bei einem Betreiberwechsel das vorhandene Personal geschützt wird. Es

muss zumindest den bestehenden Bedingungen übernommen werden.

Die Unterschriftenaktion am Freitag, dem 5. Mai, zu der die Verkehrsgewerkschaft GDBA, die Gewerkschaft Transnet und ver.di aufgerufen hatten, stand unter dem Motto „Ihre Unterschrift gegen Lohndumping. Eine Million Unterschriften sollten bundesweit zusammenkommen. Diese werden im Anschluss Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee übergeben.“

Druck machen In ganz Europa

Ähnliche Aktionen fanden zeitgleich in ganz Europa statt, um Druck durch die eigene Bevölkerung auf die jeweiligen Verkehrsminister zu machen.

Anfang März trafen sich die Verkehrsminister Europas zu einem informellen Ministerrat in Bregenz. Parallel zu diesem Treffen hat die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) gemeinsam mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Österreichs (GdE) zu einem „Regionalen Aktionstag“ aufgerufen, um auf den fehlenden ausreichenden Schutz der Beschäftigten und der möglichen Gefahren eines Sozialdumpings hinzuweisen.

Regionaler Aktionstag der ETF in Bregenz



Auch die Verkehrsgewerkschaft GDBA beteiligte sich solidarisch aktiv am Aktionstag. Denn wieder einmal sollen die sozialen Aspekte der Beschäftigten im öffentli-

chen Verkehr nicht berücksichtigt werden. Die geplante EU-Verordnung zum öffentlichen Verkehr öffnet den Wettbewerb zu Lasten der Beschäftigten im Personenschienenverkehr.

Auch Vertreter der Verkehrsgewerkschaft GDBA beteiligten sich am Aktionstag der ETF in Bregenz.

Während der Unterschriftenaktion befragten 35 Teams aus unterschiedlichen Ländern, unter anderem aus Österreich, Deutschland, Ungarn, Frankreich, Luxemburg und der Schweiz, insgesamt 3 179 Passanten. 91 Prozent der Befragten werteten die Frage: „Wie wichtig sind für Sie Sicherheit und hohe soziale Standards der Beschäftigten im Verkehr?“ als sehr wichtig ein.

Mit der positiven Unterstützung aus der Bevölkerung heraus, soll den EU-Verantwortlichen aufgezeigt werden, dass die geplante EU-Verordnung nicht ohne Einbindung der Bevölkerung, also hinter verschlossenen Türen, erfolgen kann. Die Unterstützung der Bevölkerung ist für



Hans-Peter Hurth und Peter Tröge waren nur einige der Teilnehmer aus den Reihen der GDBA (links).

Die Verkehrsminister der EU im Porträt (unten).

Am Mittag stellten Gewerkschaftsführer aus Europa im Rahmen einer Kundgebung die Forderungen ihrer Organisationen dar. Unter ihnen der Präsident der ETF und Vorsitzender der österreichischen Eisenbahnergewerkschaft, Wilhelm Haberzettl, und der Präsident der ETF-Sektion Eisenbahn, Norbert Hansen.

Die Tatsache, dass während des EU-Ministerrats in Bregenz keinerlei Eisenbahntemen auf der Tagesordnung zu finden waren, wertete Wilhelm Haberzettl als „Desinteresse an Eisenbahntemen“ und sah dies als Beweis für eine „Ratlosigkeit der Politiker“. Für die Gewerkschaftsvertreter Peter Tröge, Verkehrsgewerkschaft GDBA, und Norbert Hansen, Transnet, gilt die Liberalisierung des Schienenverkehrs vor diesem Hintergrund als gescheitert. Die damit angestrebten Ziele seien nicht erreicht worden, es gelte nun, die erheblichen sozialen Probleme, die von den EU-Vorgaben bereits ausgelöst wurden, „schnellstens zu stoppen und wieder einzufangen“.



die ETF und den beteiligten Gewerkschaften wichtig, weil

- die geplante EU-Verordnung zum öffentlichen Personenverkehr keinen ausreichenden Schutz der Beschäftigten vorsieht,
- eindeutige Qualitäts- und Sozialstandards für den öffentlichen Verkehr fehlen,
- Wettbewerb in allen Transportsektoren verpflichtend eingeführt wird, ohne die Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt zu berücksichtigen.

Die ETF und die Verkehrsgewerkschaft GDBA fordern daher:

- klare europäische Ausbildungsstandards für das Zugpersonal im 3. Eisenbahnpaket,
- dass bei einem Betreiberwechsel im Verkehrsdienst die betroffenen Arbeitnehmer ihre Rechte behalten und keine Einbußen zu erleiden haben und
- dass die künftige europäische Verkehrspolitik stärker auf die Menschen Rücksicht nehmen muss. Es muss wieder möglich sein, dass neben den wirtschaftlichen Interessen auch die Folgen des Verkehrs auf die Menschen und Regionen berücksichtigt werden.

Für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und deren Familienangehörige.

Bis zu **50% Tarifrabatt*** **GRATIS!**

Alle Kunden erhalten eine Deutschland-Cap gratis* (bis 30.6.06)



AUTOMOBILE bis zu 28% günstiger



für alle dbb-Mitglieder

JETZT NEU:
www.BeamtenKonditionen.de

Hotline: 07161 / 964 100
Mo - Fr von 8-12 Uhr und 13-17 Uhr

DPoIG Service GmbH
Meyersbühlstr. 19, 73037 Gompelshausen

T-Mobile e-plus

(Inhalt, Preisänderungen und Änderungen vorbehalten)

www.dpolg-service.de

*Tief: Schaltung eines 24 monatigen Mobilfunkvertrages, je nach Tarif von 0,00 mit Grundgebühr bis 15,29, Anschlussgebühr anteilig bei allen Tarifen (solange Vorrat reicht) | 1) + 7) im Tarif Professional XI von 1,-Plus

zurück per
Fax: 07161/96410-40 oder -41

Bitte senden Sie mir die Unterlagen für folgenden DPoIG-Sendertarif zu:

- D1 D2 H104 D2 Portation/Rufnummernmitnahme

Name, Vorname:

eMail:

Strasse:

PLZ, Ort: